



Finanzprobleme? – Schulden sollen die Lösung sein...

Studierende mit finanziellen Schwierigkeiten, verursacht durch die Corona-Krise, werden von Bildungsministerin Karliczek aufgefordert sich mit zinsfreien Darlehen zu verschulden. Von Anfang Juni bis März 2021 stehen betroffenen Studierenden 650€ monatlich zur Verfügung. Internationale Studierende können das Darlehen ab Juli beantragen. Bundesweit reagieren die Studierenden nach dieser Verkündigung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit Fassungslosigkeit. Hier und da werden Rücktrittsforderungen an die Bildungsministerin gestellt.

Koordinatorin des Landes-ASTen-Treffen NRW (LATNRW), Katrin Lögering:

„Durch eine unverschuldete Situation sind deutschlandweit Studierende in finanzielle Notlagen geraten. Die Darlehenslösung von Frau Karliczek zwingt die Studierenden nun in die Verschuldung, wenn sie das Studium nicht abbrechen wollen. Gleichzeitig reicht der von der Ministerin vorgeschlagene maximale Betrag von 650€ je nach Studienort kaum für das Überleben zahlreicher Studierender.“

Auch der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) äußert sich ablehnend.

Vorstandsmitglied Amanda Steinmaus:

„Eine Darlehenslösung ist gleichbedeutend mit Studienabbrüchen. Gerade Menschen aus nicht-akademischen Elternhäusern und internationale Studierende werden eher ihr Studium abbrechen als sich zu überschulden. Wie kann eine Bildungsministerin das zulassen? Insgesamt bedeutet das Darlehen ein Versagen des Sozialstaats gegenüber den Studierenden. Es darf nicht sein, dass sie sich verschulden müssen, um Miete und Essen zu bezahlen.“

Vorstandsmitglied Leonie Ackermann ergänzt:

„Wer soll von diesen 650€ leben? WG-Zimmer kosten schon im Durchschnitt 353€ Miete im Monat. Der Betrag ist überall kaum ausreichend. Wie soll ein Mensch erst in der teureren Hälfte der Hochschulstädte davon leben?“

Die abweichende Regelung für internationale Studierende stößt auf weiteres Unverständnis.

Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS), Lukas Eichinger:

„Das BMBF erkennt die Finanzierungssituation für ausländische Studierende völlig. Der Zugang zum Studienkredit für ausländische Studierende ab Juli ist praktisch die Aufforderung zum Studienabbruch. Hier entsteht eine Finanzierungslücke von zwei Monaten. Wir erwarten daher, dass unter Hochdruck daran gearbeitet wird, den Zugang für internationale Studierende so früh wie möglich zu öffnen.“



Das Aufstocken der Notfonds der Studierendenwerke um 100 Millionen Euro wird befürwortet. In Anbetracht der bundesweiten Studierendenzahl wird die Menge jedoch als nicht ausreichend bewertet.

Vorstandsmitglied fzs Amanda Steinmaus:

„Die Darlehenslösung soll bis März 2021 greifen. Und der Nothilfefonds? Wohl kaum. 100 Millionen Euro für eine Million Studierende in Not? Dazu muss man nicht Mathematik studiert haben, es ist ein Witz.“

Enttäuscht blicken die Studierenden auf „ihre“ Bildungsministerin und fragen sich, warum die finanzielle Hilfe nicht durch eine Öffnung des BAföG gewährleistet wird. Hier wären schließlich noch ausreichend Mittel vorhanden, um eine Verschuldung durch Darlehen weitgehend zu vermeiden.

Koordinator der Landes-ASten-Konferenz Rheinland-Pfalz, Raffael Plum:

„Angesichts der Förderlücke der Bedingungen des KfW Kredits ist davon auszugehen, dass Studierende schnell die Zuschüsse der Darlehensfonds der Studiwerke in Anspruch nehmen. Für hunderttausende betroffene Studierende reichen die 100 Millionen dann jedoch bei weitem nicht aus. Warum hier nicht die Flexibilität im Bundeshaushalt genutzt wird, in dem über 900 Millionen Restmittel des BAföG vorhanden sind, erschließt sich uns nicht. Es ist abzusehen, dass sich die wirtschaftliche Lage und die Jobmöglichkeiten im Sommer nicht plötzlich bessern werden, Studierende werden auch in den kommenden Monaten vor Finanzierungsproblemen stehen.“

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung:

AStA der Deutschen Sporthochschule Köln

+49 221 4982 6400

info@asta-spoho.de

Mit freundlichen Grüßen

Franziska Mühler

Referentin für Lehre und Hochschulpolitik